besondere zu folgenden Schwerpunkten Rechenschaft zu legen:

- Sicherung der sozialpolitischen Zielstellung mit dem günstigsten Verhältnis von Aufwand und Ergebnis,
- rechtzeitige und planmäßige Vorbereitung der Investitionen und Baumaßnahmen des komplexen Wohnungsbaues in der Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Instandsetzung, insbesondere auf der Grundlage der Festlegungen des Hauptfristenplanes,
- planmäßige termin- und qualitätsgerechte Durchführung und Übergabe der Vorhaben und die Einhaltung bzw. Unterbietung des geplanten Aufwandes auf der Grundlage des Bezirksharmonogramms und der Ablaufpläne,
- Einflußnahme auf die Herstellung rationeller Kooperationsbeziehungen zur Vorbereitung und Durchführung der Baumaßnahmen und ihre Koordinierung am Standort,
- Einflußnahme und Mitwirkung zur Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Maßnahmen,
- Einbeziehung der Bevölkerung in die Vorbereitung und Durchführung der Baumaßnahmen.

§ 13

Leiteinrichtungen

(1) Vom Ministerium für Bauwesen wird mit Zustimmung des Rates des Bezirkes ein Hauptauftraggeber als Leiteinrichtung für die Hauptauftraggeber der Bezirke und Bezirksstädte, für deren Anleitung und Kontrolle die Bauämter verantwortlich sind, eingesetzt. Die Leiteinrichtung hat

- regelmäßige Leistungsvergleiche zwischen den Hauptauftraggebern der Bezirke und Bezirksstädte auf der Grundlage exakter Analysen,
- regelmäßige Erfahrungsaustausche der Hauptauftraggeber der Bezirke und Bezirksstädte,
- wissenschaftliche Ausarbeitungen zu Fragen der weiteren Entwicklung und Vervollkommnung der Arbeit der Hauptauftraggeber zu organisieren.

(2) Der Hauptauftraggeber des Bezirkes ist Leiteinrichtung für die Hauptauftraggeber der Kreise. Er hat die Aufgaben gemäß Abs. 1 wahrzunehmen.

§ 14

Schlußbestimmungen

(1) Soweit Hauptauftraggeber als volkseigene Betriebe organisiert sind, kann der örtliche Rat entscheiden, daß diese Organisationsform beibehalten wird.

(2) Diese Anordnung tritt am 1. November 1983 in Kraft.

Berlin, den 19. September 1983

Der Minister für Bauwesen

I. V.: Martini
Staatssekretär

Anordnung

über die Vergütung für die Tätigkeit
der Hauptauftraggeber komplexer Wohnungsbau

vom 19. September 1983

Zur einheitlichen Regelung der Vergütung für die Tätigkeit der Hauptauftraggeber komplexer Wohnungsbau bei der Leitung der Vorbereitung und Durchführung des komplexen Wohnungsbaues in seiner Einheit von Neubau, Rekonstruktion, Modernisierung und Instandsetzung wird im Einver-

nehmen mit den Leitern der zuständigen zentralen Staatsorgane folgendes angeordnet:

§ 1

Diese Anordnung gilt für die Hauptauftraggeber komplexer Wohnungsbau bei den Räten der Bezirke und Kreise sowie für andere Hauptauftraggeber, die von den zuständigen örtlichen Räten als Hauptauftraggeber für Vorhaben des komplexen Wohnungsbaues, der Modernisierung und Instandsetzung sowie weitere Investitionsvorhaben (nachfolgend Hauptauftraggeber genannt) eingesetzt werden.

§ 2

(1) Für die Tätigkeit der Hauptauftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen des komplexen Wohnungsbaues (außer Rekonstruktionen) sowie weiterer Investitionen berechnen die Hauptauftraggeber die Vergütung entsprechend den Vergütungssätzen gemäß Anlage 1.

(2) Für die Tätigkeit der Hauptauftraggeber bei der Vorbereitung und Durchführung der Rekonstruktionen, Modernisierungen und Instandsetzungen berechnen die Hauptauftraggeber die Vergütung entsprechend den Vergütungssätzen gemäß Anlage 2.

(3) Werden Investitionen, Rekonstruktionen, Modernisierungen und Instandsetzungen komplex an einem Standort vorbereitet und durchgeführt, ist die Vergütung für die Tätigkeit der Hauptauftraggeber gemäß den Vergütungssätzen der Anlagen 1 und 2 zu berechnen.

(4) Wird der in den Anlagen 1 und 2 ausgewiesene Leistungsumfang vom Hauptauftraggeber nicht vollständig erbracht, ist die Vergütung entsprechend zu mindern.

(5) Ist die Bestätigung der Aufgabenstellung entsprechend den Rechtsvorschriften¹ neu zu beantragen und ist mit der Vorbereitung neu zu beginnen, sind den Hauptauftraggebern die entstandenen Aufwendungen auf der Grundlage der nachzuweisenden Stunden in Höhe von 18 M zu vergüten. Wird die Aufgabenstellung geändert, ohne daß es einer Neubestätigung bedarf, sind den Hauptauftraggebern die entstehenden Mehraufwendungen auf der Grundlage der nachzuweisenden Stunden in Höhe von 18 M zu vergüten.

§ 3

(1) Für die Tätigkeit der Hauptauftraggeber bei der Koordinierung und Leitung, der Baustufe 0^{1 2} berechnen die Hauptauftraggeber eine Vergütung in Höhe von 2%, bezogen auf den verbindlichen Preis der Leistungen der Baustufe 0.

(2) Werden vom Hauptauftraggeber auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen Lieferungen und Leistungen zur Erstaussattung koordiniert, berechnet der Hauptauftraggeber als Vergütung 1 %, bezogen auf den Preis der Erstaussattung.

(3) Für Mitwirkungsleistungen der Hauptauftraggeber an der Erarbeitung von Aufgabenstellungen für Investitionen sowie für weitere Leistungen, die nicht mit den Vergütungssätzen gemäß den §§ 2 und 3 abgegolten sind, werden dem Auftraggeber auf der Grundlage der nachzuweisenden Stunden 18 M berechnet.

- § 4

(1) Die Hauptauftraggeber haben die Vergütung gemäß den §§ 2 und 3 mit den Auftraggebern vertraglich zu vereinbaren.

(2) Die Vergütung für die Tätigkeit der Hauptauftraggeber ist auf der Grundlage des für den jeweiligen Auftraggeber

¹ Z. Z. gilt die Verordnung vom 13. JuU 1978 über die Vorbereitung von Investitionen (GBl. I Nr. 23 S. 251).

² Verfügung vom 21. Mai 1976 über die Kapazitäts- und Leistungsabgrenzung der bezirksgeleiteten Tief- und StraQenbaukombinate im komplexen Wohnungsbau (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 5 S. 25)